

HILFE FÜR RWANDA SOLL NICHT ZUR FESTIGUNG DER DIKTATUR DIENEN

Die ruandische Opposition bedankt sich ganz herzlich bei allen Deutschen, die uns den in Deutschland lebenden Ruandern geholfen haben. Wir hoffen auf weitere Hilfe in unseren Bemühungen für die menschenwürdige Rückkehr der Flüchtlinge nach Ruanda.

Der Akagera-Rhein e.V. und die Vereinigung für die Rückkehr der Flüchtlinge und Demokratie in Ruanda (RDR) haben uns heute am 25.01.2002 in Bonn versammelt, um gegen die Diktatur in Ruanda zu demonstrieren. Bei dieser Gelegenheit wollen wir die deutsche Öffentlichkeit unterrichten, was mit ihrem Geld geschieht, im Bezug auf die Zusammenarbeit mit der diktatorischen Regierung in Ruanda.

Die deutsche Regierung kann nicht behaupten, daß sie nicht weiß, daß politische Gegner umgebracht werden. Sie kann nicht behaupten, daß Menschen vertrieben werden oder zwangsumgesiedelt werden, um sie in den Konzentrationslagern mittels Hunger zu vernichten. Trotz auch einer ganzen anderen Reihe von Verbrechen, die sogar im *"5. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen"* dokumentiert sind, vergißt die deutsche Regierung die Demokratie und Menschenrechte und beteiligt sie sich an den Projekten, die die ruandische Diktatur finanziell entlastet. Als Folge Ruanda die Freiheit das gesamte Budget im Waffenkauf zu investieren, um sein eigens Volk niederzumetzeln und die Nachbarländer zu erobern. Obwohl die deutsche Regierung behauptet, daß *"die Armutsbekämpfung und Konfliktenregelung deutsch-ruandische Zusammenarbeit"* bestimmen, wird Ruanda ärmer und produziert immer mehr politische Flüchtlinge, die auch Deutschland erreichen, ohne daß die deutsche Politik Kenntnis davon nimmt.

Mit der Überzeugung des guten Willens von Deutschen, die Demokratie, Menschenrechte und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Welt zu fördern, appelliert wir an sie deutsche Öffentlichkeit und fordert die Bundesregierung auf:

- dafür sorgen, daß die humanitäre Hilfe für Ruanda und die versprochene Finanzierung des Demokratisierungsprozesses nicht zur Festigung der Diktatur und des Apartheidsystems dient, sondern zu den bedürftigen Menschen wirklich ankommt. Dafür muß ein demokratisches System geschaffen werden, um die betroffene Bevölkerung in die Verwaltung der Hilfe einzubeziehen;
- jegliche wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland und dem blutigen Diktator Kagame sofort einzustellen, und die versprochenen Millionen Euro bis zur Wahl demokratischer Institutionen zu blockieren;
- sich für Dialog zu engagieren und notwendigen Druck, als größter Geldgeber, auf die ruandische Regierung auszuüben, um die von der Gesamtheit der Opposition geforderten Friedensgespräche zwischen Ruandern endlich zu akzeptieren;
- einen dauerhaften Frieden im zentralen Afrika durch Förderung demokratischer Kräfte und Menschenrechtsorganisationen zu unterstützen, anstatt blutiger Diktaturen zu zementieren;
- Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß die deutschen Konzerne sich an der Finanzierung von Kriegen im Großen Seen Gebiet beteiligen, indem sie schmutzige Geschäfte dort betreiben;
- ein Waffenembargo für das Land Ruanda zu verhängen.

Wir hoffen, daß die deutsche Regierung ihre angekündigte Bereitschaft zum Gespräch nicht nur mit Regierungen, sondern auch mit menschenrechtlich engagierten Interessengruppen auch im Fall Ruanda in die Tat umzusetzen.

Akagera-Rhein e.V.
Postfach 37 23, 90018 Nürnberg
Tel.: 0049 911 325 660; Fax: 0049 911 325 660
E-Mail: vorstand%akagera@mailings.gmx.de
Konto-Nr. 6073-859, BLZ 760 100 85, bei Postbank Nürnberg.
Mehr Infos über Uns finden Sie unter www.akagera-rhein.de

RDR - Sektion Deutschland
Postfach 72; D-68767 Ketsch
Tel: 0162-4154335; Fax: 089-2443-70743
Email: RDR-Deutschland@gmx.de
<http://mitglied.tripod.de/RDR/>
<http://www.rdrwanda.org>